

Wertvolle Arbeit – faire Löhne!

In den vergangenen Wochen haben wir alle eine ausserordentliche Situation durchlebt: COVID19 stellte unsere Welt quasi auf den Kopf.

Die Privilegierten unter uns meist «klassische Bürojobs» ausübend - konnten ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen. Was nach einem Privileg klingt, förderte sehr schnell grosse Herausforderungen zu Tage: Kinderbetreuung und Home-Office kombinieren - ein Ding der Unmöglichkeit. Umso deutlicher wird, wie wichtig unsere Betreuungsstrukturen für das Wirtschaften sind. Doch die unklaren Regelungen bei der Finanzierung der Kindertagesstätten führen aktuell dazu, dass sich die Situation für die Kitas zusätzlich verschlechtert. Entweder bedrohen die Ausfälle der Elternbeiträge ihre Existenz oder Eltern bezahlen die Beiträge weiterhin, obwohl sie ihre Kinder zuhause betreuen. Und gerade bei der Kinderbetreuung sind die Arbeitsbedingungen oft regelrecht prekär. Sehr tiefe Löhne, hohe Arbeitsbelastung, Kettenpraktika sind prägende Merkmale in diesem Sektor.

Verkannte Arbeit wurde «systemrelevant»

Das Gleiche gilt für das Gesundheitswesen oder die Lebensmittelversorgung: Die Wertschätzung der Bevölkerung für die Arbeitnehmenden in den Spitälern und im Verkauf ist sehr spürbar. Wir bedanken uns mit Petitionen und Applaus bei all jenen Arbeitnehmenden, die in der Corona-Krise dafür sorgen, dass die Grundversorgung gewährleistet bleibt.

Ausbau der öffentlichen Grundversorgung ist dringend

Diese Wertschätzung haben diese Arbeitnehmenden auch verdient. Aber sie verdienen sie sich jeden Tag – auch nach Corona! Und sie muss konkrete Folgen haben: Es braucht anständige Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas, im Gesundheitswesen, im Detailhandel, in der Reinigung und zahlreichen anderen Berufen. Die Krise hat verkannte Arbeit sichtbar gemacht, jetzt muss sich die Sichtbarkeit nachhaltig auszahlen. Denn wertvolle Arbeit hat faire Löhne verdient!



Samira Marti, Nationalrätin und Präsidentin vpod Region Basel



Toya Krummenacher, Grossrätin und Präsidentin Basler Gewerkschaftsbund

Der Ursprung des Übels liegt bei der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Jahrzehntelang hat man uns erzählt, wir müssten die Produktion von möglichst allen Waren und Dienstleistungen dem freien Markt überlassen. Das Resultat sind marode Gesundheitswesen und fehlendes Schutzmaterial in den reichsten Ländern dieser Welt. Dieses System voller Fehlanreize – eine Operation rentiert, die Pflege aber kostet – muss umgekrempelt werden.

Was wir im Gesundheitswesen, bei der Kinderbetreuung, im ÖV usw. brauchen, ist eine starke Grundversorgung in öffentlicher Hand mit guten Arbeitsbedingungen für alle. Lohnerhöhungen sollten dabei eine Selbstverständlichkeit sein. Wir werden die Gesellschaft, vor allem aber die Politik nach der Krise gemeinsam daran erinnern, dass wertvolle Arbeit Wertschätzung verdient.

Wir hätten diese Forderung gemeinsam mit euch am 1. Mai auf die Strasse gebracht – jetzt bringen wir sie in die Medien, in die Ratssäle, an die Arbeitgeber!

Flüchtlingstragödie, rechte Rhetorik und mehr



Online-Angebot der SP Baselland während der Corona-Krise. Hier symbolisch der Vortrag von Franziska Schutzbach.

Mit der Corona-Ausnahmesituation erfuhr der politische Alltag eine Lähmung – und der Diskurs verlagerte sich verständlicherweise einseitig auf den Umgang mit der Pandemie. Um unseren Mitgliedern trotz abgesagter Parteiveranstaltungen eine interne politische Debatte zu ermöglichen, hat die SP Baselland ein Online-Angebot geschaffen. Nationalrätin und Vizepräsidentin Samira Marti erläuterte die Situation der und die politischen Bemühungen um die Geflüchteten an der europäischen Aussengrenze. Im Bundesparlament kämpfen sie und ihre KollegInnen dafür, dass die Schweiz endlich etwas zur Entschärfung der Situation tut.

Exklusiv für die SP Baselland hat die Soziologin und Autorin Franziska Schutzbach die Rhetorik der Rechten während der Corona-Krise unter die Lupe genommen und ihre Erkenntnisse präsentiert.

Eric Nussbaumer und Samira Marti haben von der Corona-Sondersession berichtet, und Miriam Locher diskutierte mit den Mitgliedern über den Einfluss der Schulschliessung auf die Chancengleichheit. Zum Abschluss wird Eric Nussbaumer seinen Eindruck von Europa in der Corona-Krise darlegen.

Lisa Mathys, Parteisekretärin

GDV – Rechnung und Budget sind genehmigt

Liebe Genossinnen und Genossen

Auch die Geschäftsdelegiertenversammlung mit ihren statutarischen Geschäften fiel der Corona-Pandemie zum Opfer. Wir haben die Delegierten angeschrieben und schriftlich zur Jahresrechnung 2019 (inklusive Entlastung der Geschäftsleitung), zum Budget 2020 und zur Verschiebung der Wahlgeschäfte auf die Delegiertenversammlung vom 24. Oktober befragt.

Unseren Vorschlag habt ihr verdankenswerterweise angenommen. Rechnung und Budget sind somit genehmigt und die internen Wahlen werden im Oktober durchgeführt. Wer ein Amt – z. B. als GL-Mitglied oder als Delegierte*r an die DV der SP Schweiz – hat, behält dieses bis zum Oktober. Wer sich für ein internes Amt interessiert, kann dies weiterhin auf dem Parteisekretariat bei Ruedi Brassel melden.

Im Namen der Geschäftsleitung danke ich allen für die Bereitschaft zur Weiterführung der Ämter aufgrund der ausserordentlichen Situation. Und ich danke den Delegierten für das Vertrauen und die Genehmigung der Geschäfte!

Herzliche Grüsse und bleibt alle gesund! Caroline Rietschi, Vizepräsidentin SP Baselland

WILLKOMMEN, YASMINE UND MATTHIAS – STABWECHSEL IM SEKRETARIAT DER SP BL



Auf Ende Juli beenden Ruedi Brassel und Lisa Mathys ihr Engagement im Sekretariat der SP Baselland. Wir werden beide in der nächsten Ausgabe des Links verabschieden. Bereits ab Juni nehmen Yasmine Perrinjaguet

und Matthias Stöckli ihre Arbeit auf. Beide werden sich an der auf den Herbst verschobenen Geschäftsdelegiertenversammlung der Wahl durch die Delegierten der SP BL stellen.

Yasmine Perrinjaquet ist den meisten in unserer Partei bereits durch ihr unermüdliches Engagement im Rahmen der Basiskampagne der letzten Jahre bekannt. Sie hat ein Studium in Sozialwissenschaften absolviert und wird die Geschäftsführung der SP Baselland übernehmen. Matthias Stöckli wird neben ihr als politischer Sekretär arbeiten. Er hat ein Studium der Geschichte abgeschlossen und hat im Wahljahr 2019 in den Kantonen Solothurn und Aargau ebenfalls als Campaigner die Parteiarbeit à fond kennengelernt.

Die Geschäftsleitung der SP Baselland freut sich auf die Zusammenarbeit mit ihnen und wünscht beiden viel Freude und Erfolg in ihrem Wirken.

DANKE LIEBE EVA, MARCEL, CHRISTIAN UND FRANZ!

In diesen Monaten treten vier Menschen in den Ruhestand, die für die SP in unserem Kanton während vieler Jahre wichtige Ämter wahrgenommen haben: Eva Meuli, Marcel Leuenberger, Christian Erbacher und Franz Bloch.

Eva Meuli hat seit den späten 1980er-Jahren im Strafgericht, am Verwaltungsgericht und dann vor allem am Kantonsgericht als Präsidentin der Abteilung für das Sozialversicherungsrecht gewirkt. Marcel Leuenberger und Christian Erbacher haben während fast drei Jahrzehnten als Präsidenten des Bezirksgerichts Arlesheim und Liestal bzw. am Zivilkreisgericht West und Ost gearbeitet. Und Franz Bloch schliesslich hat nach seiner Landratszeit zuerst das Statthalteramt Arlesheim geleitet und wurde dann 2005 zum Ombudsman des Kantons gewählt. Allen vieren sei an dieser Stelle für ihren grossen und wertvollen Einsatz im Dienste unseres Kantons und im Sinne unserer sozialdemokratischen Werte ganz herzlich gedankt.

Ruedi Brassel, Parteisekretär

AGENDA SPBL

- Mittwoch, 10. Juni 2020, 19.15 Uhr Koordinationskonferenz Infos zur Art der Durchführung folgen
- Donnerstag, 18. Juni 2020, 19.30 Uhr Delegiertenversammlung Infos zur Art der Durchführung folgen
- Mittwoch, 24. Juni 2020, 19.30 Uhr Sessionsbericht Infos zur Art der Durchführung folgen
- Mittwoch, 9. September 2020
 Koordinationskonferenz mit Vorstellen
 der Co-Kandidaturen fürs Präsidium
 der SP Schweiz
 Infos folgen

Für einen sozialen, modernen und offenen Kanton

IM KOMMENDEN HERBST WÄHLT BASEL-STADT DIE MITGLIEDER DES GROSSEN RATES UND DER REGIERUNG NEU. UNSERE PARTEI IST GUT GERÜSTET, UM EINEN INTENSIVEN UND STARKEN WAHLKAMPF ZU FÜHREN. WÄHREND DIE REGIERUNG ZU ZEITEN VON CORONA MIT DER ROT-GRÜNEN MEHRHEIT GUTE ARBEIT LEISTEN KANN, BLOCKIERT DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT IM GROSSEN RAT DIE GESTALTUNG EINES SOZIALEN, MODERNEN UND OFFENEN KANTONS. GEMEINSAM SETZEN WIR ALLES DARAN, DIES IM HERBST ZU ÄNDERN.

Seit dem 27. April steht unser Team für die Regierungsratswahlen fest: Tanja Soland, Beat Jans und Kaspar Sutter wurden an einer Online-Delegiertenversammlung nominiert und Elisabeth Ackermann wurde unsere Unterstützung klar ausgesprochen. Schon im Februar haben wir die Kandidat*innen für den Grossen Rat nominiert. Wir sind also bereit für die Gesamterneuerungswahlen im Herbst. Und bei diesen geht es um viel! Wie eine rot-grüne Politik den Unterschied machen kann, haben die letzten Wochen eindrücklich bewiesen: Sehr schnell hat die Basler Regierung Massnahmen ergriffen, die in der Deutschschweiz ihresgleichen suchen: Unterstützungsleistungen für Selbständige und Kulturschaffende, Finanzierung der Kosten für Lernende, Entschädigungen für Kitas, Hotelzimmer für Obdachlose und Mietzinsbeiträge für KMU.

Rot-grüne Regierungspolitik

Wir brauchten kein Corona, um zu wissen, dass Rot-Grün eine gute Politik macht: Solide Finanzen, das beste Energiegesetz der Schweiz, Anpassung der Prämienverbilligungen, Erhöhung der Mietzinsbeiträge für Familien, Ausbau der Kita-Subventionen, Förderung des gemeinnützigen Wohnbaus und Einführung des Prinzips der Kostenmiete bei Immobilien BS sind nur einige Eckpfeiler der letzten Jahre.

Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat

In den letzten Wochen bekamen wir aber auch etwas anderes vor Augen geführt, als wir im Wohnschutz eine klare Niederlage im Grossen Rat erlitten. Der Bericht dazu in dieser Ausgabe zeigt dies eindrücklich. Die knappe bürgerliche Mehrheit blockiert eine soziale Wohnpolitik, einen konsequenten

Klimaschutz und eine fortschrittliche Familienpolitik. Deshalb braucht es eine starke SP auch im Grossen Rat: Für einen sozialen, modernen und offenen Kanton!

Wahlkampf in Krisenzeiten

Corona wirbelt vieles durcheinander, auch die Politik. Viele Menschen stehen vor existenziellen Problemen und fragen sich, was die Zukunft bringt. Und Corona verändert auch den Wahlkampf. Wir haben in den letzten Wochen einiges umgestellt. Die Basiskampagne findet vor den Sommerferien mehrheitlich digital statt, für Kandidierende veranstalten wir Webinare zu den sozialen Medien, und wir entwickeln für den Sommer ein inhaltliches Angebot. Für die heisse Phase im Herbst sind wir überzeugt, handwerklich und inhaltlich gut gerüstet zu sein: Die Mobilisierung unserer Wähler*innen wird in einem verkürzten und dichten Wahlkampf noch zentraler.

Die Krise zeigt vollends, wie wichtig eine starke SP ist. Unsere Regierungs- und Grossrät*innen stehen wie alle Mitglieder der Partei in der Verantwortung, soziale Antworten auf die Krise zu geben. Das erfordert viel Arbeit und das Gespräch mit den Menschen, damit sie uns vertrauen und wir gemeinsam die Herausforderungen meistern können. Vom QV-Mitglied bis zur Ständerätin sind wir ein Team.

Wir sorgen für soziale Sicherheit. Wir gestalten gemeinsam den modernen und offenen Kanton von morgen. Dafür kämpfen wir in den nächsten Monaten - solidarisch und mit voller Kraft.

> Beda Baumgartner, Wahlkampfleiter und Vizepräsident SP BS



Wurden am 27. April 2020 nominiert (v. l. n. r.): Tanja Soland, Kaspar Sutter und Beat Jans. Ebenfalls unterstützt wird die Kandidatur von Elisabeth Ackermann.

AGENDA SPBS

 Dienstag, 23. Juni 2020, 20.00 Uhr Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt Voraussichtlich online, Informationen folgen

 Donnerstag, 20. August 2020, 20.00 Uhr Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt Informationen zur Durchführung folgen

WICHTIGE TERMINE IM WAHLKAMPF

August + September 2020 Stand- und Strassenaktionen für den Wahlkampf

3., 10. und 17. Oktober 2020 Telefonaktionen, um möglichst viele Wähler*innen zu mobilisieren

25. Oktober 2020 Gross- und Regierungsratswahlen 2020

29. November 2020

2. Wahlgang Regierungsratswahlen

AUS DEM GROSSEN RAT

Bürgerliche verhindern Wohnschutz für Mehrheit der Basler*innen

DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT IM GROSSEN RAT HAT SICH BEI DER UMSETZUNG DER WOHNSCHUTZINITIATIVE IN ALLEN PUNKTEN DURCH-GESETZT: EINE MEHRHEIT DER BASLER*INNEN ERHÄLT KEINEN SCHUTZ VOR MASSENKÜNDIGUNGEN UND ÜBERMÄSSIGEN MIETZINSERHÖHUN-GEN. DAS IST EIN SCHLAGENDES BEISPIEL DAFÜR, WESHALB ES EINE Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat braucht.

Die Sorgen der Bevölkerung wegen Massenkündigungen und Mietensteigerungen werden von den bürgerlichen Parteien ignoriert. Ein LDP-Sprecher warf der Linken zum Beispiel vor, «Ängste zu schüren, wo es keinen Grund für Ängste gibt». Die rot-grünen Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission (BRK) hatten dem Grossen Rat mehrere wichtige Änderungsanträge zur ungenügenden Regierungsvorlage präsentiert. Die bürgerliche Mehrheit im Plenum hat diese durchwegs abgelehnt. Einmal mehr zeigt sich, wer im Grossen Rat das Sagen hat und dass die rot-grüne Minderheit sich in wichtigen politischen Fragen

der bürgerlichen Verhinderungspolitik ganz einfach beugen muss.

Stimmbevölkerung muss Bürgerliche zur Vernunft bringen

In einem ersten Schritt müssen wir also dafür sorgen, dass die Stimmbevölkerung über die schlechte Umsetzung der Wohnschutzinitiative abstimmen kann: Alle Mieterinnen und Mieter in Basel-Stadt sollen von den Schutzmassnahmen profitieren können. Die Stimmbevölkerung des Kantons hat unsere Wohnpolitik in den letzten Jahren mit Mehrheiten von teilweise über 60 Prozent unterstützt. Diesen Ergebnissen fühlen wir uns verpflichtet.



Alexandra Dill, Vizefraktionspräsidentin

Bezahlbarer Wohnraum auch für den Mittelstand

Der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist eine der wichtigsten sozialen Fragen in Basel-Stadt. Uns geht es darum, das Leben von Leuten mit tiefen und mittleren Einkommen zu erleichtern. Es kann und darf nicht sein, dass die Leute aus der Stadt verdrängt werden. Gerade für Familien stellt der Mietzins eine erhebliche finanzielle Last dar.

Die Chance im Wahlherbst nutzen

In einem zweiten Schritt müssen wir die Chance nutzen und alles dafür unternehmen, dass Rot-Grün auch im Grossen Rat eine Mehrheit erreicht. Nur so können wir die bürgerliche Verhinderungspolitik durchbrechen und in wichtigen sozialen Fragen, wie z.B. bei der Bewahrung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, endlich vorwärts machen.

AUS DEM LANDRAT

Parlamentsarbeit in der Corona-Krise

Als Baselland am 15. März mit einem Alleingang in den «Lockdown» startete, stellte sich schnell die Frage, wie die Parlamentsarbeit weitergehen soll. Klar war, dass keine regulären Landrats-Sitzungen im Landratssaal stattfinden können, schon allein wegen der Abstandsregelung. Gleichzeitig sollten die demokratischen Prozesse möglichst aufrechterhalten werden. Ein schwieriger Spagat zwischen #stayathome-Vorbildfunktion der Politiker*innen und dem Wahrnehmen der politischen Verantwortung. Die Landrats-Sitzung vom 19. März wurde ab-

Die vom Regierungsrat erlassenen Massnahmen (Hilfspaket für die KMU) erforderten dann aber eine rasche Behandlung im Rahmen einer verkürzten Landratssitzung im Congress Center Basel am 2. April.



Miriam Locher, Fraktionspräsidentin

Eine Sitzung historischen Ausmasses

Eine exterritoriale Sitzung auf Basler Boden, um die BAG-Empfehlungen einhalten zu können: eine Sensation. Viel zu diskutieren gab die Frage nach der Teilnahme von Risikobetroffenen. Wie soll das Parlament damit umgehen? Und wie kann das Kräfteverhältnis einigermassen aufrechterhalten werden? Unter den Fraktionspräsidien wurde ein Agreement getroffen, wonach weniger stark betroffene Fraktionen proportional ihre Fraktionsgrösse reduzieren. Dies war kein einfacher Schritt, beschneidet er doch zumindest teilweise die demokratischen Rechte der Gewählten. Da eine Ausnahmesituation aber eben auch Ausnahmemassnahmen erfordert, stellte sich die SP-Fraktion hinter dieses Agreement, andere taten sich schwerer damit.

Digitalisierungs-Schub

Die Krise hatte einen grossen Fortschritts-Schub zur Folge. So können Kommissionssitzungen nun auch online datenschutzkonform stattfinden. Die negativen Nachwehen werden uns aber noch lange beschäftigen. Zahlreiche Vorstösse werden zu behandeln sein, und auch das Krisenmanagement der Regierung wird noch Thema sein. Eines steht schon fest: Die Pandemie hat überdeutlich gezeigt, welche Berufe systemrelevant sind und welche Menschen am meisten unter einer solchen Situation leiden. Nun miissen Regierung und Parlament beweisen, dass es ihnen mit der proklamierten Wertschätzung ernst ist. Wir müssen diese Berufe und Menschen mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen stützen. Unser Einsatz dafür steht fest!